

Peter Sebald

## 75 Jahre Stadt Niesky

Seit Adolf Hitler, der „Führer“ der NSDAP, als Reichskanzler“ am 30. Januar 1933 zur Macht gekommen war, sah sich auch die Bevölkerung Niesky mit einer Vielzahl neuer Verordnungen und Begriffe durch das Naziregime konfrontiert. Am 7. September 1935 erschien in der Nieskyer Lokalzeitung „Volksfreund aus der Oberlausitz“ [82.

Jahrgang, Nr. 108] die „Amtliche Bekanntmachung“.

*„Durch Erlaß des Herrn Oberpräsidenten in Breslau vom 28.8.1935 ist der Gemeinde Niesky das Recht zur Führung der Bezeichnung ‚Stadt‘ verliehen worden.*

*Niesky OL, 6. 9.1935. Der Bürgermeister“*

Dieser Abdruck erfolgte nicht auf der 1. Seite der Zeitung, sondern auf S. 2 in dem beim Leser beliebten Lokalteil, der längst die Überschrift „Stadt und Land“ trug. Der anschließende Kommentar erläuterte:

*“Niesky ist Stadt! [...] Damit ist ein lang gehegter Wunsch unserer Einwohnerschaft in Erfüllung gegangen und der bereits allgemein anerkannten Wertung unseres Ortes Rechnung getragen. Wir beglückwünschen die junge Stadt und freuen uns, dass jetzt unter nationalsozialistischer Führung gelungen ist, für Niesky die Stadtbezeichnung zu erlangen. Durch die Stadtbezeichnung ist eine Umänderung der Bezeichnung der gemeindlichen Dienststellen notwendig geworden; so führen jetzt die Gemeindegewerke die Bezeichnung ‚Städtische Betriebswerke‘, die Gemeindeparkasse heißt jetzt ‚Stadtsparkasse‘ [...]“*

Was bezweckte der Oberpräsident der preußischen Provinz Niederschlesien mit diesem Schritt? Was bedeutete „Stadtrecht“ unter den Bedingungen der Nazi-Diktatur? Was hatte sich außer neuen Bezeichnungen geändert?

In der (aus Rummangel leider kurz gehaltenen) Artikelserie wird zuerst dargestellt, welche Erläuterungen der von dem Nazi-Landrat eingesetzte Bürgermeister Boehm (\*1903) vor 75 Jahren der Nieskyer Bevölkerung vermittelte. Im zweiten Teil der Serie wird auf die Hintergründe eingegangen sowie ein Ausblick gegeben.

Über die „Erste Ratssitzung der Stadt Niesky“ am 9. September berichtete der „Volksfreund“ am 12.9.1935 in einem Artikel:

*„In der neuen Stadtgemeinde fand am Montag die erste Gemeinderatssitzung mit den Ratherrn im Sitzungszimmer des Rathauses statt [...] Zu Beginn verlas der Bürgermeister den Erlaß des Herrn Oberpräsidenten über die Verleihung der Stadtbezeichnung an die Gemeinde Niesky und gab anschließend hieran einen kurzen Rückblick über die zur Verleihung der Stadtbezeichnung führenden Gründe. Handel, Gewerbe und Industrie müssen die größte Genugtuung an der Stadtbezeichnung empfinden, denn für die bedeutet es mehr, wenn ihre Niederlassung sich statt in einem Dorf in einer Stadt befindet. Der Bürgermeister [...] erwähnte noch, dass mit der Stadtwerdung keine Erhöhung der öffentlichen Lasten, insbesondere keinerlei Steuererhöhungen eintrete und dass auch mit der Stadtwerdung keine Erhöhung der Beamtengehälter wie auch der Bezüge der Angestellten verbunden seien. [...] Sodann befasste sich die Gemeinderäte mit der Beratung der Hauptsatzung gemäß § 3 der deutschen Gemeindeordnung. Durch die Stadtwerdung ist der Neuerlaß der Hauptsatzung notwendig geworden. Nach dem vorgelegten Entwurf, dem die Ratsherren ihre Zustimmung gaben, wird die Bürgermeisterstelle wie bisher hauptamtlich verwaltet. Die Zahl der Beigeordnete [jetzt Stadträte. P.S.] wird 3 und die Zahl der Ratsherren 8 betragen.“*

Diese (hier gekürzt wiedergegebene) Information der Bevölkerung erweckt den Eindruck, als seien spektakuläre Veränderungen nicht zu erwarten

Ein Vergleich mit dem Protokoll der Gemeindevertretung [Archiv Stadt Niesky, Nr. 0-107] ergibt jedoch, dass für die Öffentlichkeit Formulierungen entschärft wurden, z .B.

lautete § 1. der Hauptsatzung: „*Der Bürgermeister wird hauptamtlich angestellt.*“ Auch teilte man in der Presse nichts mit über den konkreten Einfluß der NSDAP mit wie: „*Der Entwurf der Hauptsatzung ist dem Kreisleiter der NSDAP als Beauftragten der NSDAP zugeleitet worden.*“ und „*Der Bürgermeister kann nach Bedarf Beiräte, im Einvernehmen mit dem Beauftragten der NSDAP, zur beratenden Mitwirkung in bestimmten Einzelfragen berufen.*“ Im „Volksfreund“ fehlt ferner die Information über Tagesordnungspunkt 21. der ersten Ratssitzung: „*Besprechung über festliche Veranstaltung aus Anlaß der Verleihung der Bezeichnung 'Stadt' an die Gemeinde Niesky: Die Angelegenheit wurde besprochen. Es soll nochmals über die Sachlage besprochen werden*“.

Auch nachfolgende Ratssitzungen befassten sich mit der Festveranstaltung, einem offenbar schwierigen Thema, obwohl die Nazi-propaganda – siehe die obigen Formulierungen - von „größter Genugtuung“ und „lang gehegten Wunsch“ ausging. Es hätte nun nahegelegen, in einem öffentlichen, sommerlichen Volksfest in Niesky die Stadtbezeichnung zu feiern. Bezeichnenderweise erwog der Bürgermeister und der Stadtrat nicht einmal theoretisch ein solches Volksfest. NSDAP und Bürgermeister entschieden sich für eine geschlossene Veranstaltung, um nach ihren Maßstäben mit einem ausgewählten und kontrollierbaren Teil der Nieskyer Bevölkerung für die gesamte Bevölkerung zu feiern. Das erforderte sorgfältige Vorbereitungen. Erst nach über zwei Monaten, am 16. November 1935 lud die Stadtverwaltung zu der Festsitzung in den Saal des Gasthofs zum Stern ein. **Darüber berichtete der „Volksfreund“ [Nr. 139, 19. 11. 1935] unter der Überschrift „Niesky feiert seine Stadtwerdung“**

*„Wegen der räumlichen Beschränkung des Festsaales konnten nur aus den einzelnen Berufsständen und Verwaltungen eine bestimmte Zahl Gäste geladen werden [...] Hitlerjugend und Jungvolk standen auf der Muskauer Straße zwischen dem prächtig illuminierten Rathaus und dem Festsaal mit leuchtenden Fackeln Spalier. Von den Wänden des Sternsaales grüßten die Fahnen des dritten Reiches und zwischen Lorbeerbäumen und Blattgrün winkte auf der Bühne das Wappen der Stadt Niesky: Eine goldene Mauer mit drei Zinnen und darüber in blauem Felde das goldene Kreuz mit dem goldenen Hammer[...].“*

Die Versammelten waren also von der NSDAP ausgewählt ganz im Sinne der von ihr bestimmten „Volksgemeinschaft“; es „*saßen an den geschmückten Tafeln die Arbeiter der Faust - zum Teil in ihrer Berufskleidung – neben dem Arbeiter der Stirn und dem Beamten und daneben wieder der Handwerker mit dem Bauer in bunter Reihe.*“ Eine Militärkapelle spielte als Auftakt der Festsitzung die Ouvertüre zur Oper „Der Freischütz“. „*Der Männerchor Niesky 1910 ließ mit seinem Chor „Deutschland, mein Vaterland“ alle Herzen höher schlagen.*

*Und nun kam der spannende Moment, wo Bürgermeister Boehm die Festsitzung eröffnete. Er richtete besonders herzliche Worte der Begrüßung an den anwesenden Landrat des Kreises, an die NSDAP und ihre Gliederungen, an die als Gast geladenen Bürgermeister der Nachbarstädte der Oberlausitz, an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Firma Christoph & Unmack AG, Rechtsanwalt Dr. Krüger (Berlin), die Leitung der Brüdergemeine und alle Schichten der Bevölkerung von Niesky.*“

Dieses ausgewählte Publikum informierte der Bürgermeister sofort über die neuen Bestimmungen in der Stadt, und zwar in Formulierungen, die - im Gegensatz zu bisherigen Presse-Informationen - nichts an Deutlichkeit vermissen lassen „*Sodann sprach Bürgermeister Boehm über die wichtigsten Bestimmungen des am 31. Januar dieses Jahres erlassenen Gesetzes zur Herstellung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Dieses Gesetz macht endgültig Schluß mit dem Parlamentarismus und hat dafür echte Staatsbürgergesinnung in den Mittelpunkt gestellt. Der allein*

*verantwortliche Leiter der Stadt ist der Bürgermeister. Er stützt sich in seinen Entschlüssen auf den Rat der Ratsherren. Diese werden nicht gewählt, sondern von der NSDAP als der Repräsentantin des ganzen Volkes bestimmt. Mehrheitsbeschlüsse sind ausgeschlossen; denn hinter diesen verbirgt sich nur Verantwortungslosigkeit. Auf den Ratsherren ruht aber die große Verantwortung für das Wohl und Wehe der gesamten Bevölkerung. In der neuen Gemeindeordnung macht sich der nationalsozialistische Grundsatz ganz besonders geltend: Höchste Autorität nach oben, und größte Verantwortung nach unten.“*

Die NSDAP beseitigte so die seit 1892 auch in Niesky durchgeführte Wahl der Gemeindevertreter (jetzt „Ratsherren“ genannt) und der „Schöffen“ (jetzt „Stadträte“) und setzte das Führerprinzip durch. Bürgermeister Boehm (\*1903), am 1. 4. 1934 vom NSDAP-Landrat als „Gemeineschulze“ in Niesky ernannt, führte nunmehr auf der Festsitzung die für eine Dauer von 6 Jahren ernannten acht „Ratsherren“ feierlich ein und vereidigte sie: ein Fabrikdirektor, ein Schlosser, ein Kaufmann, ein Dachdeckermeister, ein Bürovorsteher, ein Oberlehrer, ein Tierarzt und ein „Erbhofbauer“. Von diesen Männern hätten einige dem Alter nach Boehms Vater sein können. Die feierliche Zeremonie der Vereidigung usw. sollte darüber hinwegtäuschen, dass die „Ratsherren“ von der NSDAP ausgewählt bzw. bestätigt worden waren.

Bürgermeister Boehm ging ausführlich auf die Geschichte des 1742 gegründeten Brüdergemeinortes Niesky und die Internatsschulen der Unität, das „Pädagogium“ und die „Knabenanstalt“, ein: *„Tausende Männer sind aus den Nieskyer Schulen im Laufe der Zeit hervorgegangen, die in aller Welt Tüchtiges leisten. Gegenwärtig werden durch die höheren Schulen der Brüdergemeine etwa 500 Schüler und Schülerinnen betreut und in den Internaten erzogen. Mit Rücksicht darauf, dass Niesky durch die Jugend eine ganz besondere Note erhält, verkündete der Bürgermeister feierlich, dass Niesky auf Grund seiner historischen Entwicklung die Bezeichnung „Stadt der Jugend“ führt. Daraus erwachsen der Stadtverwaltung ganz besondere Pflichten. Als ein einzigartiges Geschenk an die Jugend stellte der Bürgermeister folgende Projekte in Aussicht: Mit dem Bau einer geräumigen Turnhalle, die gleichzeitig auch die Heimfrage der einzelnen Jugendgruppen lösen wird, soll demnächst begonnen werden. Am Sonnenhügel wird eine Freilichtbühne mit Hilfe des Arbeitsdienstes geschaffen werden. Dieser Platz wird auch als Thingplatz dienen. Parkanlagen werden das Gelände der Freilichtbühne mit der Stadtgrenze verbinden. Eine Volksbücherei mit 700 bis 1000 Bänden wird auch der Jugend Besinnliches und Wissenswertes bieten.“*

Die „Stadt der Jugend“ war mithin eine eigene Erfindung, die geschickt an die Leistungen der Brüdergemeine anknüpfte, um die Nazi-Ideologie weiter in die Gemeine hineinzutragen. Die auf der Festveranstaltung geladenen brüderischen Repräsentanten hoben selbstverständlich in ihren Vorträgen gleichfalls die Leistungen und Traditionen der Unität hervor. Hingegen stellte NSDAP-Landrat Dr. Kuhne als Leitgedanke für die Arbeit innerhalb der Gemeinde *„die verantwortungsvolle Pflichterfüllung gegenüber Volk und Staat heraus. Nur Eingliederung in den Staat kann zum Blühen eines Gemeinwesens führen.“* Der NSDAP-Kreisleiter *„ermahnte zum unerschütterlichen Vertrauen auf unsern Führer und sein Werk [...]. Möge Glück und Aufstieg der jungen Stadt beschieden sein! Heil Deutschland und seinem Führer! Heil der jungen Stadt Niesky!“*

*„Nun folgte die feierliche Proklamation der Verfügung des Oberpräsidenten vom 28. 8. 1935, nach welcher der Gemeinde Niesky das Stadtrecht verliehen wurde. Zur Erinnerung an diesen Markstein in der Entwicklung von Niesky hat die Stadtverwaltung eine künstlerische Stadtrechtsurkunde und ein in Holz geschnitztes Stadtwappen anfertigen lassen. Diese beiden Wahrzeichen werden in Zukunft das*

*Sitzungszimmer des Rathauses schmücken und die kommenden Geschlechter an die Bedeutung des 28. August 1935 erinnern.[...]*

*Im zweiten Teile des Abends verkündeten markige Sprechchöre der Hitlerjugend den Geist der neuen Zeit. Das Bühnenspiel: „Die Bauernführer“ hinterließ einen tiefen Eindruck[...]. Im dritten Teile der Festfolge begeisterte die Militärkapelle mit ihren schneidigen Märschen und Konzertstücken die Gäste [...] Das Fest ist nun verklungen. Nun heißt es, wieder an die Arbeit gehen und das zu beherzigen, was aus berufenem Munde zur Einwohnerschaft von Niesky anlässlich der Festsitzung gesprochen wurde.“*

Wenn auch der NSDAP-Bürgermeister durch die Berufung auf Nieskyer Geschichte und Tradition die Brüdergemeinde besonders ansprach, so richtete sich der Appell in der Tat an die Einwohner von Niesky, also an alle sozialen Schichten von den Unternehmern besonders der Christoph & Unmack-AG bis zu den Tausenden Fabrikarbeitern. Die NSDAP-Funktionäre wußten, dass 1928 die NSDAP in (Alt-) Niesky nur zwei Dutzend Stimmen erhalten und selbst in den ersten Wahlen unter dem Nazi-Regime vom März 1933 in Groß- Niesky nicht die absolute Stimmenmehrheit gewonnen hatte. Die Auseinandersetzung mit der Naziideologie war mithin in allen sozialen Schichten von Niesky im vollen Gange, in der Brüdergemeinde war Paul Wunderling (1873-1939, Prediger in Niesky 1924-29.4.1934) abgelöst worden. Die Nazis in Niesky sowie im preußischen Staatsapparat demonstrierten auch bei dieser Festsitzung die ganze Breite ihrer Demagogie von unverhüllter Drohung bis zu Anbiederungen und Versprechungen (die „Freilichtbühne“ am Wartturm wurde nicht gebaut). Aus ihrer Sicht erzielten die Nazis mit der Verleihung der Bezeichnung „Stadt“, mit ihrer Auslegung des Begriffs „Stadtrecht“ gewiß einen propagandistischen Erfolg. Der war mehr bei der Jugend, die durch den Begriff „Stadt der Jugend“ gefühlsmäßig direkt angesprochen wurde, größer als bei den lebenserfahrenen Erwachsenen.

Aber auch nach der Festsitzung blieb für die Öffentlichkeit die Frage unbeantwortet, warum die NSDAP-Bonzen 1935 auf die Bezeichnung „Stadt“ für Niesky gedrängt hatten. Zumal in Niesky - auch ohne Stadtbezeichnung - wie die anderen Gemeinden in der Umgegend das Führer-Prinzip durchgesetzt worden wäre

Hintergründe

Der Blick in die Geschichte Nieskys lässt rasch den wahren Grund erkennen.

**1929, in der Weimarer Republik, hatte der sozialdemokratische Innenminister in Preußen die Zusammenlegung der Gemeinden Niesky, Neuhof, Neusärchen und Ödernitz (der Nieskyer Vorort Neuödernitz und das Dorf Ödernitz) zu einer Gemeinde Niesky verfügt. Zu jener Zeit hatte in (Alt-) Niesky eine bürgerlich konservative Mehrheit im Gemeinderat die Mehrheit, sie erteilte ihre Zustimmung zum Zusammenschluß nur unter der Bedingung, dass die neue Großgemeinde den Namen „Niesky“ führen würde.** Warum hatte sie nicht gleich „Stadt Niesky“ zumindest gefordert? Obwohl in den Kommunalwahlen der Großgemeinde Niesky eine „Bürgerlichen Einheitsliste“ gegen SPD und KPD angetreten war, verfehlte die Einheitsliste knapp ihr Ziel. Niesky erhielt einen SPD-Bürgermeister, Hermann Klenke, und die Gemeindevertretung nahm am 18. 12. 1931 das oben genannte Wappen von Niesky an, jetzt zum „Wappen der Stadt“ deklariert.

Jedoch hatte die neue Großgemeinde Niesky 1933 nur 7.150 Einwohner. Aber nur Gemeinden über 10.000 Einwohner durften auf Grund der Nazi-Verordnung 1934 einen Bürgermeister hauptamtlich anstellen. Nach der von den Nazis angeordneten Amtsenthebung Klenkes im März 1933 hatten die bürgerlich-konservativen Gemeindevertreter in Niesky mit Zustimmung der NSDAP-Kreisleitung zweimal kommissarische „Gemeindeschulzen“, die die erforderliche NSDAP-Mitgliedschaft

hatten, eingesetzt. Sie erwiesen sich als Fehlgriff. Aber die Gemeinde Niesky - wirtschaftlich beherrscht von der Firma Christoph und Unmack-AG und von der Brüdergemeine wesentlich beeinflusst - brauchte weiterhin einen fähigen, möglichst juristisch gebildeten Verwaltungsbeamten. Sie wird sicherlich selbst aktiv nach einem Kandidaten mitgesucht haben, selbst wenn der nachfolgende Beschluß auf selbstherrliche Entscheidung hindeutet. Am 26.3.1934 teilte der Landrat dem Gemeindevorsteher in Niesky mit: *„Ich habe den Justizobersekretär Fritz Boehm in Weißwasser mit Wirkung vom 1. April d. Js. zum Gemeindevorsteher der Landgemeinde Niesky berufen[...]“*

**Fritz Boehm**, geb. 1903 in Gleiwitz als Sohn eines Landgerichtssekretärs, katholisch, verheiratet, drei Kinder, war bereits bei der preußischen Justizbehörde seit 1928 angestellt. Die Nazis hatten ihn am 1. April 1933 in Weißwasser zum „Gemeindevorsteher“ bzw. als Gemeindevorsteher eingesetzt. Der 1934 31jährige Boehm war an einer Übersiedlung nach Niesky interessiert („gerade aber weil mich dieses Aufgabengebiet reizt“, schrieb er rückblickend am 7. 4. 1938 in einem Brief an die Stadtverwaltung) Vor allem wollte er sich doch durch eine feste Anstellung eine langfristig gesicherte Position aufbauen (nach 9 Jahren wurde während des Weltkrieges eingezogen und seit dem 30. 7. 1943 als „Militärverwaltungs-Amtsrat“ an der Ostfront eingesetzt; siehe die „Kaderakte“ Boehm im Stadtarchiv, Nr. 0-115) Die Protokolle der Gemeindevertretung Niesky (Archiv Stadt Niesky, Nr. 0-107) zeigen, wie die Vertretung auf einen Lösungsweg, der wohl von übergeordneten Ministerien angeregt worden war, reagierte.

Bereits auf der Sitzung am 26. 3. 1934 war der Gemeinderat *„dafür, daß für die Gemeinde Niesky infolge ihrer Bauart u. kulturellen Bedeutung die Bezeichnung 'Stadt' nachgesucht wird.“* Nur wenige Tage später, am 29., beriet er in einer Sondersitzung nur einen Punkt: *„Einrichtung einer hauptamtlichen Gemeindevorsteherstelle“*. Selbst nach längerer Diskussion und prinzipieller Anerkennung einer „ehrenamtlichen“ Gemeindevorsteherstelle für Gemeinden unter 10.000 Einwohnern blieb der Gemeinderat bei seiner Stellungnahme vom 26.3.

Zu einer weiteren Sondersitzung am 4. 4. 1934 heißt es im Protokoll: *„Im Beisein des Landrates Dr. Kuhne-Rothenburg OL und des Kreisleiters Fischer-Niesky von der NSDAP fand eine zwanglose Besprechung statt, in der die für die hauptamtliche Stellenbesetzung maßgebenden Gründe erörtert wurden.“*

Wenn Niesky das Recht zur Führung der Bezeichnung „Stadt“ erhielt, so konnte Boehm hauptamtlich angestellt werden. Die Antwort des Oberpräsidenten in Breslau verzögerte um ein Jahr, weil – wie bereits gesagt – am 31. Januar 1935 das neue Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden verabschiedet worden war. Jetzt konnte sich der neue Bürgermeister bei dieser Aufgabe in Niesky im Sinne des Naziregimes bewähren.

Erst nach über einem Jahr, am 26. Juni 1935 - aber vor der offiziellen Antwort des Oberpräsidenten am 26. August sah sich Gemeindevertretung, deren konservativ-bürgerliche Vertreter noch im März 1933 gewählt worden waren, vor ihre neue Situation gestellt. Die Wichtigkeit dieser Sitzung ergibt sich bereits aus dem Protokoll: *„Beginn der Beratung 7 Uhr nachmittags, Beendigung 12¼ abends [also nach Mitternacht! P.S.]. Die Sitzung war geheim und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich.“* Während sonst ein „Beauftragter der NSDAP“ anwesend war, wird erstmalig vermerkt *„niemand“* (auch bei zukünftigen Sitzungen war er häufig nicht anwesend: er war nicht mehr nötig).

Boehm wurde auf dieser Sitzung vom 26.6.1935 erstmalig als "Leiter der Gemeinde" und als "Bürgermeister" statt Gemeindevorsteher bezeichnet. Die drei Gemeindevorsteher wurden jetzt "Beigeordnete" (nach dem 26.8. „Stadträte genannt) die acht

Gemeindevertreter „Gemeinderäte“ (später „Ratsherren“) man händigte ihnen „*ein kleines Handbuch über die neue Gem. Ordnung zum Dienstgebrauch aus*“.

Auf dieser Sitzung waren unterschiedlichste Tagesordnungen angesetzt, z. B. (8.) Siedlungsvorhaben und (9.) Errichtung von Kleinstwohnungen – wahrscheinlich sollte mit dieser bunten Folge die Fortsetzung früherer Gepflogenheiten gezeigt werden.

„11. Der Bürgermeister gibt bekannt, daß der Erlaß einer Hauptsatzung gemäß § 3 der deutschen Gemeindeordnung für die Gemeinde Niesky erforderlich ist. Der Bürgermeister verliest sodann den Entwurf der zu erlassenden Hauptsatzung [...]“ und die Gemeinderäte „*nehmen zustimmend Kenntnis*“.

Schließlich ist zu Tagesordnungspunkt 21 notiert: *„Antrag auf Verleihung der Stadtbezeichnung. Es soll ein neuer Antrag auf Verleihung der Stadtbezeichnung eingereicht werden.“* Mit diesem geschickten Manöver brauchte der Oberpräsident nicht einmal erklären, warum er über ein Jahr lang den Antrag nicht beantwortet hatte. Wäre Boehm wie die Gemeindevorsteher seit 1892, als die zivile Verwaltung von Niesky an Stelle der Verwaltung durch Brüdergemeine trat, hauptamtlich angestellt worden – kein Nazifunktionär hätte für Niesky die Bezeichnung „Stadt“ beantragt. Ungeachtet eines offiziellen Titels war Niesky bereits 1768 von der sächsische Regierung mit dem Steuertarif für Städte belegt worden (siehe Einzelheiten bei Sebald: Geschichte von Niesky, Bd. 1, S. 96) Eine Stadt wird von ihren Einwohner geschaffen, das hatte der Brüdergemeinort im 19. Jahrhundert längst bewiesen. Das eigentliche Problem für Niesky in den 1930er Jahren hatte Bürgermeister Boehm in einem internen Schreiben 1938 wie folgt formuliert: *„Wenn auch Niesky nicht Kreisstadt ist, so trägt es doch den Charakter einer solchen, weil sich hier neben verschiedenen anderen Parteikreisstellen vor allem die Kreisleitung der NSDAP befindet, es auch sonst Mittelpunkt des kulturellen Lebens des Kreises ist und die einzigen höheren Schulen im Kreise beherbergt.“* Aber eine Debatte über Niesky als „Kreisstadt“ ist nicht aktenkundig geworden.

**Die Bezeichnung „Stadt“ bot 1935 der NSDAP die Chance, die längst fällige Benennung mit einer propagandistische Veranstaltung für das Nazi-Regime auch in Niesky zu verbinden. Die NSDAP führte gleichzeitig das Führerprinzip in die Stadtverwaltung ein . Nicht zuletzt verschleierte sie geschickt, dass Niesky die Bezeichnung Stadt nur erhielt, um den NSDAP-Bürgermeister hauptamtlich anzustellen. Das bedarf keines Kommentars.**

#### Ausblick

Aber bereits nach wenigen Monaten musste jene Nieskyer, die 1935 das Naziregime als Initiator der Stadtbezeichnung gläubig gefeiert hatten, die wahre Stellung der Staatsmacht zur „Stadt Niesky“ zur Kenntnis nehmen. **Am 7. Juli 1936** trat der Stadtrat zusammen: *„Die Sitzung war nicht öffentlich und geheim. 1. Änderung des Namens der Stadt Niesky in einen deutsch klingenden Namen. Der Bürgermeister verlas die über die Namensänderung ergangene Anordnung des Herrn Oberpräsidenten [...]*

Vergebens sprachen Oberlehrer Koch und andere Ratsherren mit guten Argumenten gegen die Umbenennung. Der Stadtrat setzte einen Ausschuß ein, *„der über die Namensänderung entsprechende Vorschläge machen soll“*

Der Oberpräsident in Breslau beharrte entsprechend dem autoritären Führerprinzip im Naziregime auf seiner Anordnung zur Umbenennung von Niesky. Erst auf der Stadtratssitzung am **2. März 1937** wurde mitgeteilt: *„7. Namensänderung Niesky. Die Ratsherren nahmen davon Kenntnis, daß der Herr Oberpräsident von einer Änderung des Namens der Stadt Niesky abgesehen hat.“*

Was war geschehen? Die Nieskyer Direktoren der C & U-AG hatten prominente Nazis in Berlin darauf hingewiesen, dass die Änderung des weltweit bekannten Namens Niesky **schwere Geschäftschädigungen für die Firma und damit Rückgang der**

**Deviseneinnahmen für das Naziregime zur Folge haben würde.** Deshalb hatte der Oberpräsident in Breslau von übergeordneten Instanzen eine entsprechende Weisung erhalten.

Nicht die Bezeichnung „Stadt“ sondern die in Jahrzehnten von Nieskyern aufgebauten sozialökonomischen und politischen Strukturen hatten die Änderungen des Namens verhindert. Aber indem sich so mancher Nieskyer - freiwillig oder gezwungen – an das Naziregime anpasste, lud auch er seine Schuld zur Zerstörung von Niesky – nunmehr Stadt Niesky - auf sich. In der „Stadt der Jugend“ wurde die junge Generation für Aggressionskriege der Nazis vorbereitet und viele starben den „Heldentod.“

Als der von den Nazis begonnene Kriege gegen die UdSSR im April 1945 auch die Stadt Niesky erreichte, **fand die Rote Armee eine von den Nazis geräumte menschenleere Stadt vor und „Adolf-Hitler-Platz“ (vormals Zinzendorfplatz signalisierte ihnen, von welchem Geist die Stadtväter sich hatten leitet lassen Einige Hundert deutsche Soldaten leisteten militärisch sinnlosen Widerstand am westlichen Stadtrand provozierten aber so das Niederbrennen des historischen Stadtkern von Niesky.**

Im Juni 1945 stand auch ich als Elfjähriger fassungslos vor den Trümmerhaufen um den Zinzendorfplatz. Aber mit dem ersten Enttrümmern der Ruinen stellten alte und junge Nieskyer und viele Vertriebene und Umsiedler uns unserer unvermeidlichen Aufgabe. Wie in zwei Jahrhunderten die Menschen ihr städtisches Zentrum Niesky aufgebaut hatten, dachten wir selbst verständlich beim Wiederaufbau auch in dem Begriff „Stadt Niesky“.

Aber der 75. Jahrestag sollte doch Anlaß sein, erstmals die Tatsachen und Umstände der Bezeichnung „Stadt“ zur Erinnerung zu rufen. Denn auch in der Gegenwart sind es Bürger von Niesky, die ihre Stadt gestalten, ungeachtet des offiziellen Titels..